

Positionen der Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaften

Die 700 beim Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. organisierten Energiegenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag, die Akzeptanz und die Motivation für die Energiewende in breiten Teilen der Gesellschaft zu steigern. Über 150.000 Menschen engagieren sich bereits in genossenschaftlichen Erneuerbaren-Energien-Projekten, von der Energieproduktion und -versorgung, über den (Wärme-)Netzbetrieb bis hin zur Vermarktung. Aus diesem Grund sollte es das gemeinsame politische Ziel der neuen Bundesregierung sein, Energiegenossenschaften und andere Bürgerbeteiligungsmodelle als wichtigen Bestandteil bei der Umsetzung der Energiewende zu stärken. Damit das genossenschaftliche Engagement weiter erhalten bleibt und wachsen kann, vertritt die Bundesgeschäftsstelle folgende Positionen:

1. Um die notwendigen klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen und die Energiewende insgesamt zum Erfolg zu führen, ist eine bürgernahe Ausgestaltung der Erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmebereich zwingend erforderlich. Energiegenossenschaften sind hierbei ein wichtiger Eckpfeiler, insbesondere weil durch die direkte Beteiligung von Bürgern, Kommunen und Unternehmen vor Ort die Wertschöpfung in den Regionen verbleibt.
2. Für eine bürgernahe, genossenschaftlich geprägte Energiewende sind verlässliche politische und rechtliche Rahmenbedingungen unverzichtbar. Energiegenossenschaften brauchen Planungs- und Investitionssicherheit.
3. In der energiepolitischen Gesetzgebung sollte nicht kurzfristig gehandelt werden. Vielmehr muss ein langfristiges Konzept für die Ausgestaltung der Energiewende entwickelt und umgesetzt werden, das mehrere Jahre Bestand hat.
4. Bereits errichtete Erneuerbaren-Energien-Anlagen müssen Bestandsschutz haben. Eingriffe in bereits getätigte Investitionen, auch durch Maßnahmen wie eine nachträgliche Besteuerung, sind nicht akzeptabel.
5. Der im EEG festgelegte vorrangige und garantierte Netzanschluss, die Abnahme, Übertragung und Verteilung von Strom aus Erneuerbaren Energien müssen erhalten bleiben.
6. Eine gesetzlich garantierte Einspeisevergütung ist solange notwendig, bis marktwirtschaftliche Vermarktungsinstrumente eine Refinanzierung von Erneuerbare-Energien-Projekten auch durch Energiegenossenschaften ermöglichen. Hierfür muss der Gesetzgeber die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.
7. Ein neues Marktdesign muss so gestaltet sein, dass Energiegenossenschaften weiterhin Erneuerbaren-Energien-Projekte umsetzen können und das zukünftige Modell für die gesamte genossenschaftliche Energiewirtschaft tragfähig ist.
8. Zur Entwicklung eines nachhaltigen Marktdesigns bedarf es in der Legislaturperiode 2013-2017 eines umfassenden Diskussions- und Gesetzgebungsprozesses unter Einbeziehung aller energiewirtschaftlichen Akteure, einschließlich kleiner und mittlerer Vertreter wie Energiegenossenschaften.
9. Die genossenschaftliche Mitgliederversorgung muss gefördert und im EEG mit den Möglichkeiten der Selbstversorgung von Einzelinvestoren gleichgestellt werden.
10. Die regionale Direktvermarktung und Stromlieferung von kleinen und mittleren Anbietern wie Genossenschaften müssen erleichtert werden. Administrative Hürden, wie z. B. die umfangreichen Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten bei der Stromlieferung in Kundenanlagen im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes, müssen verringert werden.
11. Die Energiepolitik muss zukünftig stärker den Wärmesektor fokussieren. Um das enorme Potential der Wärmeenergieerzeugung, -versorgung und -nutzung durch Energiegenossenschaften weiter zu heben, müssen die entsprechenden gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen bzw. angepasst werden.

Die Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaften vertritt die Interessen von 700 Energiegenossenschaften mit 150.000 Mitgliedern. Sie wird vom DGRV gemeinsam mit dem Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e. V., dem Genossenschaftsverband e. V., dem Genossenschaftsverband Bayern e. V., dem Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V. und dem Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband e. V. getragen.